

# 1. Landesdelegiertenrat

22. Februar 2008 in Halle (Saale)



## Beschluss Biodiversität

### **Erhalten was uns erhält - Bündnisgrüne Forderungen für eine arten- und biotopreiche Heimat in Sachsen-Anhalt**

Mit dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) von 1992 wurde zum ersten Mal anerkannt, dass der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt sowie der Ausgleich der Vorteile durch die Nutzung der genetischen Vielfalt gemeinsame Interessen der gesamten Menschheit darstellen.

Der schleichende und unbemerkte Verlust von Arten von Tieren, Pflanzen und anderen Organismen durch Umweltzerstörung, Übernutzung, invasive Arten und mangelnde Wertschätzung ist eine globale Katastrophe, die irreversible Schäden erzeugt. Verloren gegangene Arten und Biotope kommen nicht wieder. Die Auswirkungen dieser Verluste betreffen uns alle – auch in Sachsen-Anhalt.

40 Prozent der untersuchten Tier- und Pflanzenarten stehen in Deutschland auf der Roten Liste, über 70 Prozent der heimischen Lebensräume sind gefährdet, vier von fünf Fließgewässern sind deutlich verändert, und nur jede fünfte Aue ist natürlich erhalten.

Deutschland ist als Vertragsstaat und in diesem Jahr Gastgeberin der 9. Vertragsstaatenkonferenz in besonderer Verantwortung. Die Bundesregierung hat deshalb endlich eine nationale Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Leider werden hier im Wesentlichen nur bekannte, vielfach gesetzlich bereits vorgeschriebene Ziele erneut als „Vision“ beschrieben, die man „anstrebt“. Neue Ziele sind rar, Maßnahmen, Instrumente und Zeitpläne sind Mangelware.

Auch wenn Biodiversität global verhandelt wird und die Strategie zum Stopp des Verlustes an Arten- und Biotopvielfalt von der Bundesregierung und von der Europäischen Union erarbeitet wird – auch Länder und Kommunen sind in der Verantwortung und es gibt große Möglichkeiten auf Landes- und kommunaler Ebene für entschiedenes Handeln.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine nachhaltige Natur- und Artenschutzpolitik in Sachsen-Anhalt ein. Die CDU-SPD-Landesregierung verstößt mit ihrer Agrar-, Gentechnik-, Bau- und Verkehrspolitik gegen die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik und eine Alltagskultur, die Schutz und nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen vereint. Ein konsequentes Handeln duldet keinen Aufschub. Es gilt, Biodiversitätspolitik als Querschnittsaufgabe zu verstehen und konsequent umzusetzen. Das schließt neben dem Natur- und Artenschutz auch Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Klimaschutz und Energie ein, aber auch die Armutsbekämpfung.

**Mit diesem Beschluss wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konkrete Schritte für eine neue und engagierte Biodiversitätspolitik in Sachsen-Anhalt anstoßen. Das bedeutet**

1. die **Stärkung der Natur- und Artenschutzbehörden** des Landes.

Der Abbau von Personal bei gleichzeitiger Erhöhung der Aufgaben und Zuständigkeiten muss endlich aufhören.

2. **Managementpläne für alle Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzgebiete.**

Die Landesregierung muss hier endlich wirksam werden, denn nur so können die Vorgaben des europäischen Rechts umgesetzt und kontrolliert werden und kann Sachsen-Anhalt seinen Beitrag für das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 leisten.

3. die Übernahme der dem Land vom Bund zur kostenlosen Übertragung angebotenen **Flächen des nationalen Naturerbes** .

Diese Flächen müssen mit anspruchsvollen naturschutzfachlichen Zielen entwickelt und gesichert werden. Die ökologische Qualität aller Landschaftsräume muss erhalten werden. Das Biosphärenreservat „Karstlandschaft Südharz“ ist zügig auszuweisen. In den sachsen-anhaltischen Schutzgebieten muss sichergestellt werden, dass die Jagdausübung sich einzig und allein an den Schutzziele ausrichtet. Die Landesregierung ist aufgefordert, das vom BUND getragene Projekt „**Ein Rettungsnetz für die Wildkatze**“ finanziell zu unterstützen und in Planungsprozessen zu berücksichtigen.

4. **den Schutz der Agro-Biodiversität.**

Deshalb müssen mehr Obstbaum-Alleen gepflanzt werden und mehr Nektar und Pollen spendende Pflanzen als Nahrungsgrundlage für Blüten bestäubende Insekten. Regionale Kulturpflanzen müssen erhalten bleiben; ihre Nutzung stiftet regionale Identität und Heimatgefühl. Hier müssen vor allem öffentliche Flächen genutzt werden. Der Öko-Landbau braucht eine energische Unterstützung, weil er auf den Anbau vielfältiger Kulturpflanzensorten und die Haltung vielfältiger Haustierrassen setzt und damit die Agro-Biodiversität stärkt.

5. ein **gentechnikfreies Sachsen-Anhalt.**

Die Agro-Gentechnik reduziert die biologische Vielfalt und gefährdet die gentechnikfreien Pflanzen. Sachsen-Anhalt muss erspart bleiben, was in Kanada Realität ist: Dort gibt es nur noch Monsanto-Genraps und auch Pflanzen wie Blumenkohl oder Broccoli tragen schon Gene und Patente der Industrie-Pflanzen. Deshalb müssen auch umweltgefährdende Forschungs- und

Anbau-Aktivitäten untersagen werden, stattdessen muss das heimische regionale Saatgut gesichert werden. Dazu müssen das Land Sachsen-Anhalt und der Bund die Zukunft der Genbank Gatersleben sichern. Die am Standort Gatersleben befindlichen Versuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen sind - wegen der Gefährdung der dort lagernden Musterbestände - unverzüglich zu beenden. Innerhalb des IPK Gatersleben ist die Finanzierung der Genbank gegenüber den anderen Teilbereichen kurzfristig zu stärken.

6. einen **besseren Bodenschutz** durch Entsiegelungsmaßnahmen und Vermeidung von Flächenversiegelung.

Hier kann viel getan werden für Arten und Biotope. Weitere Zerschneidungen unserer Naturflächen müssen verhindert werden. Biodiversität muss in Verkehrsplanungsprozessen einen größeren Stellenwert erhalten.

7. mehr Feuchtgebiete und die **Renaturierung von Wasserläufen**.

Vor allem muss die Renaturierung der Elbe und der Unteren Havel zügig in Angriff genommen werden. Sachsen-Anhalt muss sich für einen Flussgebietsmanagement-Plan an der Elbe einsetzen. Bei den erforderlichen Deichrückverlegungen muss es endlich zu sichtbaren Fortschritten kommen.

8. für ein **neues Verbraucherverhalten**.

Wir alle sind Nutzer und Konsumenten. Unser Lebensstil trägt zur Naturzerstörung bei – hier, aber auch weltweit. Mit einem anderen Verbraucherverhalten können wir jedoch entscheidend zu einer nachhaltigen und gerechten Nutzung der biologischen Vielfalt beitragen. Die Landespolitik muss dieses Anliegen aktiv unterstützen. Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beispiel eine Umstellung der Küchen von Landes- und kommunalen Einrichtungen auf Lebensmittel aus der Region, aus Öko-Landbau und aus fairem Handel.

9. eine **Stärkung der Umweltbildung** im Bereich Biodiversität.

Das Thema muss in die Lehrpläne der Schulen Eingang finden. Außerschulischer „grüner“ Lern-Orte – im Sinne einer Biodiversität zum Anfassen – müssen weiterentwickelt werden.

10. eine **vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt**.

Landes- und kommunalen Behörden müssen vertrauensvoll mit den Naturschutzorganisationen zusammenarbeiten, vor allem mit den ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern.